

NIEDERSCHRIFT Schul/004/2010

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am
18.05.2010 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Maggie Rawe

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer Vertretung für Herrn
Bernd Heuermann

Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Frau Margarete Köhler
Frau Sarah Bosse-Berger

Vertretung für Herrn
Hans-Jürgen Dittrich

Herr Ulrich Schlieker

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Ursula Kratz
Herr Reinhard Bernshausen
Herr Dr. Rainer Hertel

Vortragender Gast:

Herr Prof. Dr. Bernd Zymek

Entschuldigt fehlen:

Herr Dirk Eikmeyer
Frau Mechthild Gaußelmann
Frau Barbara van der Wielen
Herr Propst Hans-Bernd Serries

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Hubertus Messing
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Frau Rawe stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Schulentwicklungsplanung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Prof. Dr. Zymek (Uni Münster), Mitglied der pädagogischen Arbeitsgruppe, anwesend.

Frau Bosse-Berger verweist auf widersprüchliche Angaben bzgl. der Besetzung der pädagogischen Arbeitsgruppe und bittet die Verwaltung um Klarstellung, wer zu den Mitgliedern der pädagogischen Arbeitsgruppe gehört. An der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe hätten einige Fraktionen mit mehr als einem Vertreter teilgenommen.

Frau Dirks benennt die Mitglieder der Arbeitsgruppe. Die Fraktionen sollten jeweils einen Vertreter entsenden. Es spreche aber nichts dagegen, wenn darüber hinaus weitere Fraktionsmitglieder als Zuhörer an den Sitzungen teilnahmen.

Frau Bosse-Berger bittet darauf zu achten, dass es nicht zu Vermischungen zwischen der pädagogischen Arbeitsgruppe und den politischen Gremien kommt.

Frau Dirks führt aus, dass man stolz darauf sein könne, zwei weiterführende, mehrfach ausgezeichnete Schulen vor Ort zu haben. Diese könnten aber angesichts sinkender Schülerzahlen sowie der Konkurrenz in den Nachbarkommunen nur noch in einer Rumpfform bestehen bleiben, wenn sich nichts tue. Deshalb sei über ein neues Schulkonzept nachgedacht worden. In der pädagogischen Arbeitsgruppe habe man sich darauf verständigt, nicht wie im Schulgesetz vorgesehen, einen Haupt- und Realschulzweig unter einer Schulform weiter zu führen, sondern eine Schule für alle zu entwickeln, die zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führt und damit den Zugang zu allen Bildungswegen der Sekundarstufe II ermöglicht. Dabei wolle man sowohl die Kinder erreichen, die derzeit die Gesamtschulen in Havixbeck und Münster besuchen als auch diejenigen, die nicht ihr Abitur bereits nach 12 Jahren ablegen wollen, wobei eine verbindliche Kooperation mit einem Berufskolleg und einem Gymnasium den entsprechenden Übergang garantieren soll. Die pädagogische Arbeitsgruppe habe bisher zweimal getagt. Des Weiteren sei eine Informationsveranstaltung für die Lehrerkollegien der Haupt- und Realschule durchgeführt worden. Gemeinsam mit Herrn Prof. Zymek sei ein erstes Eckpunktepapier erstellt worden.

Frau Dirks stellt heraus, dass alle Kinder, die jetzt die Haupt- und Realschule besuchen, nicht von diesen Änderungen betroffen sein werden. Sie könnten ihre begonnene Schullaufbahn beenden. Weiter sei klar zu stellen, dass diese Überlegungen zur Schulentwicklung nicht den Vorgaben des derzeitigen Schulgesetzes entsprechen, weshalb ein Antrag auf Durchführung eines Schulversuchs gestellt werden müsse. Dabei sei abzuwarten, wie sich die künftige Landesregierung hinsichtlich der Schulpo-

litik positioniere.

Herr Messing verdeutlicht anhand der Geburtenzahlen und der prognostizierten Übergangsquoten, wie wichtig es ist, Überlegungen zur Erhaltung eines attraktiven Schulstandortes Billerbeck anzustellen (**Anlage 1**).

Herr Prof. Zymek stellt dann das in der gestrigen Sitzung der pädagogischen Arbeitsgruppe abgestimmte Eckpunktepapier einer „Schule für alle“ in Billerbeck detailliert vor (**Anlage 2**).

Dabei bittet er um Verständnis, dass noch kein konkreter Name für die neue Schulform gefunden worden sei, weil eine Fülle von Namen bereits verbrannt seien.

Herr Schlieker hält es für wichtig zu betonen, dass nicht nur die Kooperation mit einem Gymnasium oder Berufskolleg angestrebt werde, sondern die Möglichkeit bestehe, auf alle Gymnasien oder Berufskollegs im Einzugsbereich zu wechseln.

Herr Prof. Zymek weist darauf hin, dass diese Möglichkeit sowieso bestehe. Bei der gestrigen Sitzung der pädagogischen Arbeitsgruppe sei aber im Hinblick auf die Fortführung des Fremdsprachenangebotes (z. B. niederländisch als 2. Fremdsprache) die Kooperation mit einem Gymnasium vorgeschlagen worden.

Es sei nichts dagegen zu sagen, mit einem Gymnasium oder Berufskolleg zu kooperieren, so Herr Schlieker. Betonen wolle er aber, dass das jedes Gymnasium oder Berufskolleg sein könne.

Frau Köhler möchte in dem Eckpunktepapier festgeschrieben wissen, dass die Stadt Billerbeck eine Ergänzung der Arbeit des Lehrerkollegiums durch einen Sozialarbeiter bzw. eine Sozialarbeiterin sicherstellen wird.

Frau Dirks sagt zu, den Aufbau eines Schulsozialarbeitersystems als Formulierung aufzunehmen.

Herr Prof. Zymek legt dar, dass als nächster Schritt ein Elternabend vor allem für die Eltern der Grundschüler geplant sei, um deren Bedürfnisse und Erwartungen bei der weiteren Gestaltung berücksichtigen zu können.

Herr Schlieker stellt zu der in den Klassenstufen 9 und 10 vorgesehenen Bildung von Stammklassen heraus, dass es grundsätzlich eine Durchlässigkeit in jede Richtung geben müsse.

Herr Prof. Zymek bestätigt dieses. Dieser Punkt sei aufgenommen worden, weil das Konzept nur eine Akzeptanz finde, wenn den Eltern vermittelt werden könne, dass nicht nur der Haupt- und Realschulabschluss erreicht werden können, sondern auch andere Perspektiven in dieser Schule realisiert werden können. Deshalb sei es für die neue Schulform wichtig, dass erfolgreiche Übergänge von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II möglich seien.

Herr Kortmann stellt fest, dass alle froh sein könnten, dass ein Konzept

für eine „Schule für alle“ vorliege, dass es vor Ort gut ausgestattete Schulen gebe und dass hier agiert und nicht abgewartet werde. So könnten Eltern ihre Kinder behutsam auf einer Schule in Billerbeck belassen und müssten sie nicht in andere Städte schicken.

Er wolle aber wissen, was mit den Schülern passiere, die bei Einrichtung der neuen Schulform die bestehende Haupt- und Realschule besuchen.

Herr Prof. Zymek verweist auf den bestehenden Rechtsschutz. Wenn jemand eine Schule begonnen habe, könne er diese auch zu Ende führen. Diese Schule laufe sukzessive aus.

Herr Schlieker weist darauf hin, dass sich die Schülerzahlen 2017/18/19 wesentlich dramatischer darstellten und dann nicht mehr die Gefahr zur Umkehr bestehe.

Den Äußerungen von Herrn Kortmann könne er sich nur anschließen. Er wolle aber Druck aufbauen, da man in Konkurrenz zu den Nachbarkommunen stehe und sich beeilen müsse. Außerdem müsse um jeden Schüler, auch um auswärtige gekämpft werden.

Herr Bernshausen konstatiert, dass die von Herrn Messing präsentierten Zahlen deutlich machten, dass man auf eine schulpolitische Notlage zusteure. Aus dieser Not sollte man eine Tugend machen. Das heute vorgetragene Konzept halte er grundsätzlich für begrüßenswert. Auf dieser Grundlage könne weiter gearbeitet werden. Den Eltern könne jetzt die Botschaft übermittelt werden, dass an einem Schulkonzept gearbeitet werde, bei dem sie nicht bereits nach dem 4. Schuljahr entscheiden müssen, welchen Abschluss ihr Kind machen soll. Für viele Eltern werde dies die Attraktivität der Schule ausmachen.

Frau Dirks merkt an, dass die Durchlässigkeit in dem Eckpunktepapier noch besonders erwähnt werden sollte. Außerdem müsse deutlich werden, dass kein Einheitsbrei entstehen soll, sondern die Kinder entsprechend ihren Neigungen gefördert werden. Des Weiteren müsse sich die Arbeitsgruppe noch näher mit dem Übergang nach Klasse 10 in den Beruf oder in andere Schulen beschäftigen. Nicht jeder Schüler wolle nach Klasse 10 noch weiter zur Schule gehen. Diesbezüglich müsse die Kooperation mit der heimischen Wirtschaft gestärkt werden.

Herr Fehmer unterstellt, dass wie bisher, auch künftig eine Kooperation mit der heimischen Wirtschaft erfolge. Den Eltern müsse klar gemacht werden, dass durch die neue Schulform bessere Perspektiven für ihre Kinder geschaffen werden. Zudem müsse das Potential der heutigen Gesamtschüler zurückgeholt werden, wobei er davon ausgehe, dass die mit einer uneingeschränkten Gymnasialempfehlung versehenen Schüler wohl nicht in Billerbeck gehalten werden können. Die heutigen Standards an der Haupt- und Realschule seien sehr gut, hier wolle man aber noch drauf satteln. Im Übrigen sei er immer davon ausgegangen, dass die neue Schulform so schnell wie möglich umgesetzt und das Schuljahr 2011/2012 anvisiert werden sollte. Diesen Zeitpunkt, wie von Herrn Schlieker angesprochen, heute schon weiter in die Zeit zu setzen, halte er nicht für richtig. Es sei ja nicht schädlich, mit einer größeren Zahl von

Schülern zu beginnen.

Herr Prof. Zymek unterstützt Herrn Fehmer, dass die neue Schulform zum schnellstmöglichen Zeitpunkt realisiert werden sollte. Ganz wichtig sei außerdem, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass bzgl. der Schulentwicklung ein fraktionsübergreifender Konsens bestehe. Erstaunlich sei, dass selbst in Großstädten dieser überfraktionelle Konsens gefunden wurde.

Herr Schlieker bekräftigt ebenfalls die Dringlichkeit der Umsetzung. Im Übrigen wolle er auch die Schüler mit einer uneingeschränkten Gymnasialempfehlung nach Billerbeck holen. Deshalb gelte es, die bestehenden Qualitäten noch zu verbessern.

Frau Köhler bittet darum, Begriffe wie „Einheitsbrei“ oder „Einheitsschule“ nicht zu verwenden, weil sie politisch besetzt seien. Außerdem habe sie nicht die Sorge, dass es zu Einheitsbrei komme, da man mit der Haupt- und Realschule auf Bewährtes zurückgreifen könne.

Herr Bernshausen unterstützt die Ausführungen des Herrn Schlieker. Es gehe um eine möglichst gute Qualität der Schule und da seien die Kinder mit einer uneingeschränkten Gymnasialempfehlung wichtig, um eine gute Durchmischung zu haben. Kein Kind sollte verloren gegeben werden. Begriffe, wie Einheitsbrei, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt hätten, sollten vermieden werden. Vielmehr müsse mit positiv besetzten Begriffen kommuniziert werden. Im Übrigen vermisse er heute die Anwesenheit der Schulleiterinnen.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass sie sich wegen dienstlicher Fortbildungen für heute entschuldigt hätten. Sie hätten aber an der gestrigen Sitzung der pädagogischen Arbeitsgruppe teilgenommen.

Frau Rawe merkt an, dass viel über die neuen Schüler geredet worden sei. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, für die Schüler, die einen Haupt- oder Realschulabschluss anstreben, ein mehr als gutes Schulprogramm auf die Beine zu stellen. Nicht nur Gymnasialschüler sollen nach Billerbeck geholt werden, sondern es müsse auch das bisher gute Haupt- und Realschulangebot beibehalten werden. Außerdem sei ihr bisher der integrative Unterricht zu kurz gekommen. Man müsse sich darauf einstellen, dass es immer mehr integrative Schüler geben wird, die ebenfalls in der neuen Schulform beschult werden sollen.

Frau Köhler fügt an, dass es einen Trend zur Auflösung der Förderschulen gebe und man sich selbstverständlich um integrative Kinder kümmern wolle.

Herr Prof. Zymek merkt abschließend an, dass ihm als Name für die neue Schulform „Stadtschule“ eingefallen sei.

Frau Bosse-Berger macht deutlich, dass keine „Gleichmacherei“, sondern Chancengleichheit gewollt sei.

Zum weiteren Verfahren erläutert Frau Dirks, dass die pädagogische Arbeitsgruppe jetzt um Vertreter der Schulpflegschaft der Grundschule und um Vertreter der Lehrerkollegien der Haupt- und Realschule erweitert werden soll. Nach den Sommerferien solle eine Informationsveranstaltung für Eltern der Grundschule stattfinden. Die pädagogische Arbeitsgruppe werde entweder am 7. oder 14.06.2010 erneut zusammenkommen, um das Eckpunktepapier weiter auszugestalten. Parallel dazu sollen Gespräche mit der Bezirksregierung geführt werden. Bei der letzten Unterredung sei bereits signalisiert worden, dass man Billerbeck bei diesen Überlegungen unterstützen werde.

Frau Rawe weist darauf hin, dass die nächste Schul- und Sportausschusssitzung nicht wie im Sitzungskalender am 1. Juli 2010, sondern bereits am 24. Juni 2010 stattfinde. Die für den 24. Juni 2010 geplante Sitzung des Betriebsausschusses finde dann am 1. Juli 2010 statt.

Herr Schlieker befragt Frau Dirks, ob es sinnvoll wäre, die Elternvertreter der beiden weiterführenden Schulen einzubeziehen, auch um ihnen Ängste zu nehmen, dass ihre Kinder in der neuen Schulform nicht den gewünschten Abschluss machen können.

Frau Dirks meint, dass die Elternvertreter zunächst noch nicht beteiligt werden sollten. Die Eltern müssten aber auf jeden Fall informiert werden.

Wichtig sei, wie die betroffenen Eltern die jetzigen Überlegungen wahrnehmen, so Herr Prof. Zymek. Nur, wenn die neue Schulform von ihnen akzeptiert werde, bestehe überhaupt eine Chance.

Frau Rawe weist darauf hin, dass die Entscheidung über die weitere Entwicklung von der Schulkonferenz getroffen werde und in dieser die Eltern vertreten seien, deren Kinder jetzt die Haupt- und Realschule besuchen.

Frau Dirks stellt richtig, dass nicht die Schulkonferenz über die neue Schulform entscheide, sondern falls ein Schulversuch beantragt werden soll, ein Ratsbeschluss erforderlich wäre. Andererseits wisse man noch nicht, ob die neue Landesregierung das Schulgesetz ändere. Deshalb könne heute noch nicht gesagt werden, welche Beschlüsse erforderlich werden.

Frau Köhler hält es für wichtig, dass wie beschlossen ein Sonderpädagoge/eine Sonderpädagogin in der Arbeitsgruppe mitarbeitet. Im Übrigen sollte es bei der Abstimmung eines Termins vorrangig sein, dass die Schulleiterinnen Zeit haben. Wenn aus den Fraktionen jemand keine Zeit habe, könnte auch ein Vertreter entsandt werden.

Frau Rawe fasst abschließend zusammen, dass sie aufgrund der heutigen Wortbeiträge davon ausgehe, dass der Schul- und Sportausschuss das Eckpunktepapier und die vorgestellte weitere Vorgehensweise im Hinblick auf das Projekt „Eine Schule für alle“ positiv zur Kenntnis nehme. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

2. Mitteilungen

Keine

3. Anfragen

Keine

Maggie Rawe
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin